

wenigstens auf die eigene Briefmarke verzichtete, aber auf dem Postrezeivort besteht es nach wie vor.

Herabsetzung der deutschen Armee auf 25 Divisionen.

Berlin, 11. Februar. Von zutändiger Seite erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die neuen Waffenstillstandsverhandlungen keinesfalls vor dem 15. Februar beginnen werden. Zu einer Züricher Drahtung, daß die Herabsetzung der deutschen Armee auf 25 Divisionen verlangt werden solle, erfährt das Blatt, daß zwar mit Forderungen auf diesem Gebiete gerechnet wird, jedoch über deren Umfang noch keinerlei Anhaltspunkte gegeben sind. Der Schluß der Züricher Meldung, die gesamte Artillerie solle ausgeliefert werden, könne als starke Übertreibung bezeichnet werden.

Rumänien im Aufstand. — König Ferdinand verwundet.

Bukarest, 11. Februar. Ganz Rumänien befindet sich im Aufstand. Die Königsfamilie versuchte nach Jassy zu flüchten, mußte aber, weil die Arbeiter die Straßen versperren, nach Bukarest zurückkehren. Der Königsplatz wurde von den Aufständischen beschossen. Der König ist leicht verletzt. Eine vollständige Finanzroute steht bevor.

Budapest, 11. Februar. Wie aus Bukarest weiter gemeldet wird, kam es dort neuerdings zu wilden Straßenkämpfen. Bei der Beschützung des Palastes wurde der König, der gerade am Fenster stand, durch einen Schuß an der rechten Wange verletzt. Im Zusammenhang mit diesen blutigen Ereignissen wurden mehrere Hinrichtungen von Soldaten und Arbeitern vorgenommen.

2 1/2 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Weimar, 11. Februar. Nach einer Bekanntgabe in den Fraktionen der rechtsstehenden Parteien hat sich seit dem 9. November ein Fehlbetrag in dem Staatshaushalt des Reiches von fast 2 1/2 Milliarden Mark ergeben.

Die gefährdete Ostmark.

Thorn, 11. Februar. Mit weittragenden Geschützen beschlehen die Polen die Bahnlinie Bromberg—Thorn. Das polnische Hauptquartier ist von Gnesen nach Strelno bei Hohenjalza, in der Richtung Thorn, verlegt.

Die Reichseisenbahnfrage.

Die Reichseisenbahnfrage wird jetzt in Weimar bearbeitet. Die Verhandlungen sind im Fluße und eine endgültige Entscheidung der beteiligten Staaten noch in keiner Weise erfolgt, auch noch nicht seitens Bayerns und Sachsens. Eine gegenteilige Meinung eines Berliner Blattes ist rein konjunktural. Bemerkenswert ist, daß in Weimar die einheitliche Regelung des Verkehrswezens als Aufgabe des Reiches bezeichnet worden ist. In welcher Weise man das machen wird, steht noch nicht fest; es ist noch keineswegs als sicher anzunehmen, daß die sämtlichen deutschen Eisenbahnen vom Reich übernommen werden. Möglicherweise kommt man auf eine einheitliche Betriebsleitung unter Aufsicht des Reiches ohne Verstaatlichung zu. Eine Übernahme der sächsischen Bahnen etwa durch Preußen darf als vollständig ausgeschlossen bezeichnet werden. Entweder kommt die Übernahme durch das Reich in dieser oder jener Form, oder es bleibt wie bisher. Eine andere Lösung ist für Bayern wie für Sachsen ausgeschlossen.

Zulagen für Schwerarbeiter. Die Schwer-, Schwer- und Mähtungsarbeiterzulagen sind wie bekannt mit Wirkung vom 10. Februar d. Js. aufgehoben. Hier und da haben sich bei Durchführung dieser Maßregel jedoch Schwierigkeiten ergeben. Um den daraus hervorgehenden Unzuträglichkeiten Rechnung zu tragen, insbesondere um Ungleichmäßigkeiten in der Nationalisierung, die bei ungeordneten Zuständen eintreten müßten, vorzubeugen, hat sich der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes mit einer Fristverlängerung bis zum 1. April für die Durchführung des Wegfalls der Zulage in den Fällen für einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bislang nicht hat ermöglichen lassen.

Der Polizei in Chemnitz ist es gelungen, eine aus fünf jungen Burischen bestehende Diebesbande zu ermitteln und festzunehmen.

Durch den Leichtsinn eines 12-jährigen Schulknaben, der Leuchtkugeln abschoss, ist in Cunnewitz bei Ramenz eine Scheune abgebrannt.

Streik und Kohlenförderung. Die Hoffnung, daß die Ende Januar einsetzende Besserung der Förderleistung Bestand haben werde, hat sich nicht erfüllt. Die Förderung erreichte am 28. Januar 262 000 T., ging aber an den folgenden Tagen zurück und stand am 1. Februar mit 220 000 T. weit unter dem Durchschnitt der in der zweiten Hälfte des Jahres erzielten täglichen Förderung. Es ist leider zu befürchten, daß die Förderung bei der ständigen Benutzungs der Welschöfen noch weiter zurückgehen wird.

Aus allen Teilen Deutschlands ertönt der Notruf der Industrie und der Arbeiterschaft nach Kohle. In Telegrammen und Ausrufwörtern wenden sich Arbeitervertreter und Volksräte an die Bergarbeiter in den Kohlengebieten mit dringenden Bitten, die streikenden und infolge der Kohlennot zur Arbeitslosigkeit verurteilten Arbeitskräfte nicht im Stich zu lassen. Alles umsonst. Schuld an dem immer mehr zunehmenden Elend tragen in erster Linie die gewissenlosen Streikführer, die in ihrer politischen Verblendung die Not des Volkes nicht achten und die Bergarbeiter zu immer neuen unerfüllbaren Forderungen aufstacheln.

Der Hamburger Marinekongress.

Unter den Konventikeln und Räuberparlamenten, die sich in letzter Zeit als „Nationalparlament“ der Nationalversammlung aufgetan haben, spielt eine besondere Rolle der in Hamburg abgehaltene

Marine-Kongress. Nach zweitägigem scharfem Nachdenken ist er zu folgenden Beschlüssen gekommen:

1. Anpassung an die veränderte Lage, die den Abbau einer deutschen Macht- und Weltpolitik erfordert. Restloses Beseitigen aller überlebten Vorurteile gegen Demokratie und Sozialismus; Verzicht auf Pläne nach Wiedererrichtung einer Kriegsflotte (!).

2. Umwandlung der noch vorhandenen Kriegsflotte in eine Art Seepolizei, die den Wächterdienst an der Küste zu versehen hat.

3. Unverzügliche Berufung eines tüchtigen, organisatorisch befähigten Sozialisten als Staatssekretär im Reichsmarineamt, der die Verpflichtung übernimmt, alle irgendwie entbehrlichen und gewissermaßen reaktionären Offiziere und Beamten zu entlassen.

Für den Fall, daß die Nationalversammlung den obigen Forderungen des Reichsmarinekongresses nicht Rechnung tragen sollte, wird der „Marine-Zentralrat“ beauftragt, sofort einen neuen Marinekongress einzuberufen und bis zu dessen Entscheidung und die seitens des Reichsmarineamtes ergehenden Verfügungen nicht mehr anzuerkennen.

Die „gewissermaßen reaktionären Offiziere“ sind gewissermaßen, sozusagen ein schönes militärisches Seitenstück zu den „gradlinigen Reformen“ des literarischen Betrags aus dem Ministerium Adolf Hoffmanns.

Zu den Beschlüssen selbst ist ganz allgemein zu sagen, daß die Stimmung des deutschen Volkes gegen die Herrschaften von der Marine, soweit sie sich in Revolutionsfahrten durch das Land, auf Marinekongressen oder sonstige wichtig-tuereisch betätigt haben, eine sehr unzweideutige ist: sie sollten möglichst bald in der Versenkung verschwinden und die Sorge um die Zukunft Deutschlands Leuten überlassen, die reinere Hände und ein weniger robustes Gewissen haben.

Die Nationalversammlung.

Vierte Sitzung vom Montag, 10. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr.

An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Roste, Dr. v. Krause, Schiffer, Dr. Preuß, Dr. Siedekum, Hirsch u. a.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Min. mit folgender Mitteilung:

Einige Mitglieder des Hauses haben mich gebeten, um den wilden Gerüchten über Ereignisse, die angeblich in Leipzig stattgefunden haben, entgegenzutreten und Veruhigung zu schaffen, eine Mitteilung vorlesen zu lassen. Die Mitteilung lautet: „Die unterzeichneten Abgeordneten aus Leipzig erfahren soeben, daß in Weimar und auch in den Kreisen der Abgeordneten der Nationalversammlung Gerüchte über einen Aufbruch in Leipzig verbreitet sind. Diese Gerüchte behaupten, daß in Leipzig Aufbruch herrsche, daß dort mit Maschinengewehren geschossen werde, und daß der Oberbürgermeister verhaftet sei.“

Die Unterzeichneten, die erst heute um 11 Uhr vorm. Leipzig verlassen haben, teilen mit, daß davon kein Wort wahr ist, daß weder Aufbruch herrscht noch geschossen wird, noch der Oberbürgermeister verhaftet ist. Tatsache ist, daß die Leipziger Schutzleute und Feuerwehrlente streiken, weil der Stadtrat eine Verbesserung ihrer Löhne, die für einzelne Kategorien noch monatlich 160 Mark betragen, ablehnt. Aus diesem Grunde ruht der Betrieb im Leipziger Rathaus. Dr. Geyer und Gen.“

Weitere Rundgebungen und Adressen an die Nationalversammlung sind eingelaufen vom Deutschen Volkerrat für Westpreußen in Danzig, der die Deutsche Nationalversammlung bittet, dafür Sorge zu tragen, daß kein Stück ostmärkischen Landes dem Vaterlande entzissen wird; ferner von dem vom Ostpreussischen Provinzialrat einberufenen Kongress der A. und S. Räte Ostpreußens, der sich hinter die Regierung stellt, sobald von den Delegierten aller bayerischen Berufsstände, die sich geschlossen hinter die in Weimar tagende deutsche Nationalversammlung vereinigen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und eventuell dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Nur zweiten Lesung ist eine Reihe von Anträgen eingebracht.

Bayerischer Gesandter Dr. von Preger: Im Auftrage der Regierung von Bayern und gleichzeitig von Württemberg und Baden habe ich zu erklären: Die genannten Regierungen geben von der Voraussetzung aus, daß durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweggenommen werden.

Volksbeauftragter Ebert: Anknüpfend an diese Erklärung möchte ich mitteilen, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimmt. Das Gesetz hat in allen seinen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor. (Bravo)

Abg. Loebe (Soz.): Namens meiner Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben: die sozialdemokratische Fraktion ist von der Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist begründet durch die innere und äußere Politik. Es bedarf der Schaffung einer vom ganzen Volke gutgeheißenen vorläufigen Reichsordnung einmal im Hin-

aus darauf, daß der Waffenstillstand der Entwurf der am 16. dieses Monats abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen müssen, ferner weil es den Grund zum demokratischen Aufbau unseres Landes unüberwindlich zu legen. Der vorliegende Entwurf ist vom Geiste der Demokratie getragen, des enthält er in den §§ 2 und 4 Bestimmungen gegen die wir erhebliche Bedenken haben.

Nur unter dem Zwang der Verhältnisse und den Wiederaufbau des Reiches nicht schwer zu gestalten, haben wir uns dazu verstanden, in eine Einsetzung dieses Grundgesetzes zu willigen. Wir stimmen dem Entwurfe zu, verwarren uns aber dagegen, aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung der Zukunft gezogen werden und behalten uns die Verhandlungen über den Entwurf der endgültigen Verfassung volle Freiheit der Entscheidung vor.

Abg. v. Bayer (Demokr.): Meine Freunde kennen an, daß die Februarverfassung sofort in Kraft treten und darum nur das Notwendigste enthalten soll. Heute aber wollen wir uns die Grundgesetze bereiten, um morgen arbeiten und Politik machen können. (Beifall.) Unser Volk, das sich aus der Gegenwart durch die Verwirklichung von Zukunftsversprechungen erlösen will. Und der Feind, der uns den Boden grundlos und grausam vorenthält, sie sollen trotz der gewaltigen Parteigegensätze der letzten Wochen und Monate bei diesem ersten Schritt geeint und geschlossen finden. (Lebhafter Beifall.) Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit der Nationalversammlung soll uns und anderen von guter Bedeutung sein und als Lohn politischer Einsicht die Selbstbeschränkung des Arbeitsmutes erhöhen, den Deutschland noch nie so notwendig gehabt haben wie jetzt. (Beifall.)

Abg. Dr. Heim (Bayer. Volksp.): Im Auftrage meiner Freunde von der bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Nach den §§ 2 und 4 des gegenwärtigen Gesetzentwurfs soll die Deutsche Nationalversammlung eine Blankovollmacht zur Verabschiedung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Sie soll bei der Verabschiedung der endgültigen Reichsverfassung wieder an die Zustimmung der Einzelstaaten noch des Staatsaufschusses gebunden sein, nicht ein hinsichtlich der in der bisherigen Reichsverfassung gesetzten Sonderrechte der Einzelstaaten. Wir haben gewünscht, daß das Gesetz sich an die durch die Revolution nicht beseitigten Bestimmungen der bisherigen Reichsverfassung anlehnt und alle Streitpunkte mieden hätte. Wir hegen nach wie vor die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unseres engeren Heimatlandes Geltung verschaffen.

Abgeordneter Dr. von Deibitz (Deutschn. Volkspartei): Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden die schärfsten grundsätzlichen Bedenken. Wir erkennen nicht, daß wir uns in einem Notstand befinden und daß nicht nur die innere Lage, sondern besonders der Ablauf des Waffenstillstandes und die bevorstehenden Friedensverhandlungen eine schnelle Verabschiedung des Entwurfs gebietetlich erfordert. (Zustimmung.) Wir erkennen auch nicht, daß die Vorlage nur eine vorübergehende und nicht endgültige Regelung unserer Verfassungsverhältnisse bezweckt. Unter diesen Umständen sind wir bereit auf eine Ausschussberatung zu verzichten und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Wir haben auch, das das vorsehen der neu zu bildenden Regierung dem feindlichen Ausland gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelte, diese Vorlage nicht nur möglichst schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. (Wichtige Zustimmung.)

Abgeordneter Dr. Heine (Deutsche Volkspartei): Wir hegen technisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf, lassen sie aber aus politischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zustande kommt und somit Rücksicht auf die äußere und innere Lage in allen Anträgen ab. Die jetzigen gesetzlosen Zustände müssen sobald wie möglich verschwinden. Wir hoffen, daß nach der Verabschiedung dieser Gesetze die Ordnung und Sicherheit im Lande gefördert werden, daß jedermann in Deutschland die vorläufige Verfassung achtet. Für die endgültige Verfassung setzen wir uns unsere Stellungnahme nach allen Richtungen vor. Für den vorliegenden Entwurf werden wir stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Cohn (Nordhausen, U. Soz.): In jetzigen Phasen der revolutionären Entwicklung in Rückschau und Umschau gehalten werden. Nur eine Atempause kann es sich handeln, denn stehen noch lange nicht am Ende der Revolution.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Die deutsche Witte, die Absperrungsmaßnahme im Brückenkopf Mainz zu mildern, wurde von feindlichen Kommissionen abschlägig beschieden.

Im Anschluß an die Ueberreichung von Gefangenen der französischen Heeresangehörigen richtete deutsche Vorstehende an die Alliierten die Bitte, deutschen Einzel- und Massengräber sowie alle deutschen Friedhöfe in Feindesland mit derselben Sorg zu pflegen, wie dies für die Kriegsgegräber der Alliierten Angehörigen von deutscher Seite geschehen ist. Die deutsche Kommission hat die Entente nähere Mitteilung über die Zahl der aus dem Schützigen Meer-Gebiet bereits abtransportierten deutschen Truppen und über den Zeitpunkt ihrer Ankunft in Deutschland, damit deutscherseits die nötigen Vorbereitungen zu ihrem Empfang getroffen werden könnten. Der deutsche Vorstehende sprach gleichzeitig in die